

Qualitätssicherung in Krankenhäusern

Patienteninformation zur Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung

Endoprothetische Operationen (Hüfte und Knie)

Die Krankenhäuser in Deutschland sind gesetzlich verpflichtet, Daten zur Qualitätssicherung zu erheben. Ein Ziel ist es, die Patientinnen und Patienten über die Behandlungsqualität zu informieren. Und auch die Krankenhäuser selbst erhalten Auskunft über die Qualität der von ihnen erbrachten Leistungen. Hierzu werden bereits seit vielen Jahren in verschiedenen Leistungsbereichen Krankenhausbehandlungen statistisch ausgewertet und Krankenhäuser bundesweit anhand von Qualitätsmerkmalen miteinander verglichen. Die Kriterien, nach denen dies geschieht, werden im Auftrag des Gesetzgebers seit 2004 vom Gemeinsamen Bundesausschuss festgelegt. Beginnend mit dem Jahr 2011 soll nun die Möglichkeit einer sicheren Erhebung von Langzeit-Qualitätsdaten getestet werden, ein Verfahren, das es bislang noch nicht gab. Hiermit möchten wir Sie über die Einzelheiten dieser Testung informieren.

Ziel ist es, den Erfolg von Operationen, bei denen eine Hüft- oder Knieendoprothese eingesetzt wird, besser beurteilen zu können als bisher möglich. Es ist geplant, zukünftig auch Daten zum Langzeiterfolg zu erheben, z.B. nach welchem Zeitraum gegebenenfalls eine Wechseloperation der Endoprothese erfolgte. Dazu hat der Gesetzgeber ein Verfahren vorgesehen, in dem zusätzlich zu den schon jetzt erhobenen Daten auch die Krankenversichertennummer der Patienten unter strengen Datenschutzauflagen in Form eines Pseudonyms¹ gespeichert wird. Sollte bei Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Operation am Hüft- bzw. Kniegelenk notwendig werden (z. B. Wechsel der Endoprothese), so werden auch hiervon in gleicher Weise Daten erhoben.

Welche Daten werden verwendet?

Es handelt sich um Ihre Krankenversichertennummer mit zugehöriger Krankenkasse sowie um Behandlungsdaten (z. B. Röntgenbefunde, Behandlungsdauer, Komplikationen) zu Ihrer Endoprothesen-Operation.

Bisher war eine Zusammenführung der Behandlungsdaten des Ersteingriffes mit den Daten eines möglicherweise notwendig werdenden Folgeeingriffes nicht möglich. Um dies zukünftig leisten zu können, wird Ihre Krankenversichertennummer vom Krankenhaus an eine Vertrauensstelle² weitergeleitet. Von dieser Vertrauensstelle wird die Krankenversichertennummer in ein Pseudonym umgewandelt und danach sofort gelöscht. So ist ein direkter Patientenbezug nicht mehr möglich, wohl aber ein Fallbezug und eine Rückverfolgung zum Behandlungsort. So können ein Erst- und ein eventueller Folgeeingriff zukünftig über dieses Pseudonym zusammengeführt werden.

¹ Ein Kennzeichen, das den Namen oder andere betroffene Identifikationsmerkmale ersetzt, zu dem Zweck, die Bestimmung des Betroffenen auszuschließen oder wesentlich zu erschweren.

² Unabhängige Stelle zur Verschlüsselung patientenidentifizierender Daten (Erstellung eines Pseudonyms)

Was wird gespeichert und von wem?

Die Qualitätsdaten Ihrer Operation und das dazugehörige Pseudonym werden von dem damit beauftragten AQUA-Institut für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen GmbH gespeichert und ausgewertet. Das AQUA-Institut ist eine unabhängige Forschungseinrichtung. Es wurde vom Gemeinsamen Bundesausschuss nach einem europaweiten Vergabeverfahren unter anderem damit beauftragt, neue Messverfahren für einrichtungsübergreifende Langzeituntersuchungen zu entwickeln. Sollten – wie oben erwähnt – Daten von mehr als einer Operation vorliegen, so werden diese vom AQUA-Institut mit Hilfe des Pseudonyms zusammengeführt.

Weiteres

Ausführlichere Auskünfte zu dem Testverfahren bei der Behandlung von Hüft- und Knieendoprothesen erhalten Sie beim

AQUA - Institut für angewandte Qualitätsförderung
und Forschung im Gesundheitswesen GmbH,
Maschmühlenweg 8 – 10
37073 Göttingen
Telefon: (+49) 0551 / 789 52 -0
www.sgg.de

Stand: Januar 2011

Diese Patienteninformation gibt den Inhalt eines Merkblattes des Gemeinsamen Bundesausschusses wieder.

Herausgeber:
Gemeinnützige DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland, in dem seit 2004 auch Patientenvertreterinnen und Patientenvertreter mitwirken. Entscheidungen des G-BA stehen unter der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Gesundheit.

www.g-ba.de